Verschiedene Viertel, aber das gleiche Problem

Das Ordnungsamt hat das Nordend und das Bahnhofsviertel verstärkt im Fokus

Zwei Themen beschäftigen die Stadtpolizei derzeit besonders: Erstens hätten sich die Zustände im Bahnhofsviertel seit Beginn der Pandemie „sehr verschlechtert“, sagte Ordnungsdezernentin Annette Rinn, als sie am Mittwoch die stadtpolizeiliche Bilanz für das vergangene Jahr vorstellte. Zweitens sei das Thema „Feierkultur“ weiterhin präsent. Die Initiative „Ab in die Mitte“, die Rinn gemeinsam mit dem „Runden Tisch nächtliches Leben im Freien“ ins Leben gerufen hatte, um die Partygänger aus dem Nordend an die Hauptwache zu locken, sei gescheitert.

Gerade Letzteres ist ein herber Rückschlag für das Ordnungsamt. Durchschnittlich halten sich im Sommer den Angaben der Behörde zufolge allein am Friedberger Platz jedes Wochenende etwa 1400 Personen auf. Die Initiative „Ab in die Mitte“ sollte die Partyszene entzerren. Zwar sei das neue Angebot auch gut angenommen worden, sagte Rinn. Seit sechs Wochen gebe es aber keine Musik mehr an der Hauptwache, weil eine Anwohnerin geklagt habe. Das mache den Platz an der Zeil unattraktiver. „Hier zeigt sich einfach eine Schieflage. Einer klagt, dann ist direkt keine Musik mehr da. Im Nordend beschweren sich die Anwohner seit Jahren, und nichts passiert“, sagte Rinn.

Nordend und Bahnhofsviertel werden demnach weiterhin die Arbeitsschwerpunkte des Ordnungsamts in Frankfurt bleiben. Im Bahnhofsviertel hatte die Stadtpolizei auch mit der pandemiebedingten Schließung der Prostitutionsstätten zu tun. Dienstleistungen seien vielfach auf dem Straßenstrich angeboten worden. Im Vergleich zu vier Fällen verbotener Prostitution 2019 ahndete die Polizei in den Jahren 2020 und 2021 jeweils rund 50 Fälle. Gleichzeitig sei der Drogenkonsum im Viertel im vergangenen Jahr deutlich sichtbarer gewesen, was auch an den Bauarbeiten in der B-Ebene des Hauptbahnhofs liege. „Die Situation ist nicht schön. Wir versuchen täglich, das nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Unsere Maßnahmen fruchten da kaum“, sagte Stadtpolizist Steffen Gransow. Die Stadt versuche, der Verschmutzung des Viertels mit mehr öffentlichen Toiletten und enger getakteten Reinigungen Herr zu werden. Dies sei nach wie vor aber nur in Begleitung der Stadtpolizei möglich. Um die Situation im Bahnhofsviertel zu verbessern, arbeite man dezernatsübergreifend zusammen, äußerte Rinn. „Die Frage ist, wie können wir den Drogenkonsum weniger sichtbar machen und die Menschen gleichzeitig adäquat versorgen?“

Dass die Reinigungskräfte nur mit dem Schutz der Stadtpolizei ihrer Arbeit nachgehen könnten, weil sie sonst Gefahr liefen, verletzt zu werden, sei keine alleinige Besonderheit des Bahnhofsviertels. „Diese Gefahr besteht auch im Nordend.“ Daher sei das Reinigungsunternehmen FES dort immer mit zwei Kollegen der Stadtpolizei unterwegs, sagte Rinn. Sie beobachte seit zwei Jahren eine „immer aggressivere Grundhaltung“ der Feiernden an Friedberger Platz, Luisenplatz und Merianplatz. Das sonst recht freiwillige Räumen der Plätze von 22 Uhr an sei im vergangenen Jahr „nahezu gänzlich verloren gegangen“. okai.

Sorge vor dem dicken Ende

Haushaltslage beschäftigt nicht nur die Koalition

Eigentlich könnte Stadtkämmerer Bastian Bergerhoff (Die Grünen) mit der Haushaltslage zufrieden sein. Bei der Gewerbesteuer liege man auf gutem Kurs, sagte er am Dienstagabend im Haupt- und Finanzausschuss. Im Haushaltsbericht für die Zeit von Januar bis April dieses Jahres heißt es, dass Aufwendungen und Erträge ausgeglichen waren. Das ordentliche Ergebnis wies Ende April sogar ein kleines Plus von zehn Millionen Euro aus.

Doch Bergerhoff kennt auch die aktuelle Nachrichtenlage, die von Krieg und Energiekrise geprägt ist. Sie habe sich nur in den Steuerzahlungen der Unternehmen noch nicht niedergeschlagen. „Wir können keine Entwarnung geben“, sagte der Kämmerer, der davon ausgeht: „Das dicke Ende kommt noch.“ Was die Klage gegen die Heimatumlage des Landes angeht, gegen die sich Frankfurt mit vier weiteren Kommunen vor dem Staatsgerichtshof wehrt, erkannte Bergerhoff nach der mündlichen Verhandlung zumindest einen Lernerfolg. Es sei deutlich geworden, dass die Polemik gegen Frankfurt, wo angeblich alle „in Gold gewandet“ herumliefen, unbegründet sei. Was den juristischen Erfolg angehe, sei er sich nicht so sicher. „Wir haben die Umlage noch im Haushalt stehen.“

Mit den Finanzen haben sich am vergangenen Wochenende auch Grüne, SPD, FDP und Volt in ihrer Haushaltsklausur befasst. Angesichts der angespannten Lage einigte sich die Römerkoalition darauf, vor allem diejenigen Bürger zu unterstützen, „die es am nötigsten brauchen“. Den Haushalt wirkungsorientierter zu gestalten bringe Konflikte mit sich, hieß es in einer Mitteilung. Entgegenkommen wollen die vier Fraktionen den Beziehern von Transferleistungen und jenen, die knapp über der Berechtigungsgrenze für soziale Leistungen lägen und von Inflation und rasant steigenden Preisen besonders betroffen seien.

Angebote wie der Frankfurt-Pass, der Menschen mit geringem Einkommen unter anderem Vergünstigungen bei Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten gewährt, sollen gestärkt, die darin enthaltenen Leistungen aber auch neu bewertet und gewichtet werden. Weitere Vorhaben sollten bis zur Vorlage des Haushalts 2023 priorisiert werden, meint die Koalition.

Die Linke sieht in solchen Formulierungen nur die „verklausulierte Ankündigung von Kürzungen und das Einstimmen auf vor uns liegende Verteilungskämpfe“. Hinter dem technischen Begriff des wirkungsorientierten Haushalts verberge sich nichts anderes als der Abbau von freiwilligen sozialen Leistungen. bie.

„Wir wollen mitgestalten“

Kongress für Migrantinnen in Führungspositionen

Es sind wenige Frauen, die in der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) engagiert sind, aber sie sind sehr aktiv. Dijana Avdic und Adriana Maximino dos Santos haben maßgeblich einen Kongress für Migrantinnen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ins Leben gerufen. Rund 100 Frauen aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet sind der Einladung am Dienstag ins Stadthaus in Frankfurt gefolgt.

Politisch engagierte Migrantinnen einzuladen sei nicht einfach gewesen, berichtete der KAV-Vorsitzende Jumas Medoff. In vielen Gremien seien sie überhaupt nicht vertreten. Dabei ging es bei diesem Kongress um Repräsentanz, um Sichtbarkeit auf allen Ebenen. Bei einer Podiumsdiskussion trafen zwei Generationen aufeinander, um von Erfolgen und Schwierigkeiten auf ihrem Weg in die Politik zu berichten. Die Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner (Grüne) und Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne) auf der einen Seite und auf der anderen zwei junge Stadtverordnete. In Offenbach, wo Hibba-Tun-Noor Kauser bei der jüngsten Kommunalwahl die zweitmeisten Stimmen für die SPD nach Oberbürgermeister Felix Schwenke erhalten hatte, haben 64 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Doch das Parlament spiegele diese Diversität nicht wider, beklagte die Zweiundzwanzigjährige. Auch die Jurastudentin Kriti Kumar, für die FDP in Kelsterbach aktiv, sagt selbstbewusst, dass jede Einzelne die Veränderung sein müsse, bevor man eine Veränderung sehen könne.

Es gehe darum, Vorbild für andere zu sein, die erst in die Politik gehen, wenn sie dort auch eine Repräsentantin sehen, deren Eltern oder Großeltern aus der Türkei, Pakistan oder Ghana stammten. Eskandari-Grünberg, die als Bürgermeisterin schon viele Stufen der Erfolgsleiter erklommen hat, berichtete darüber, dass Migranten manchmal als Feigenblatt herhalten müssten: „Man möchte uns dabeihaben, aber die Posten sollen dann doch andere bekommen.“ Arslaner ergänzt: „Macht will nicht geteilt werden, schon gar nicht mit einer Migrantin.“ Mit Hartnäckigkeit und einer gewissen Sturheit hätten sich beide aber dennoch durchgesetzt.

Das politisch aktive Quartett ist sich am Ende einig, was ihnen am meisten auf ihrem Weg geholfen hat: Menschen, die ihnen wohlgesinnt sind, die sie unterstützen und auffangen, wenn Anfeindungen oder Misserfolge entmutigen. „Sucht euch Supporter“, rät Kauser, und Kumar ergänzt, sie sollten den Blick über die Köpfe der Verhinderer hinweg auf ein festes Ziel gerichtet halten. mg.

Der Dunkel-Parcours lockt auch junge Touristen an

Das Dialogmuseum bekommt eine neue Leiterin. Sie übernimmt ein gut bestelltes Haus und hat einiges vor.

Von Hans Riebsamen

Darf auf viele Besucher hoffen: *Maureen Ekizoglu* Foto Domenic Driessen

Sie übernimmt in schwierigen Zeiten die Verantwortung. Vom 1. August an wird Maureen Ekizoglu das immer noch unter den Folgen der Corona-Pandemie leidende Dialogmuseum in der B-Ebene der Hauptwache leiten. Das erste Ziel der neuen Chefin ist es denn auch, den „Corona-Modus“ zu überwinden und so schnell wie möglich wieder einen Fünf-Tage-Betrieb und ein Veranstaltungsprogramm mit Workshops und Trainings anzubieten.

Tatsächlich brachte Corona das Dialogmuseum zeitweise in Existenznot. Dabei sah es so gut aus nach dem Umzug in die neuen Räume an der Hauptwache und der Neueröffnung nach zwei Jahren Pause im Oktober 2021. „Wir hatten einen super Start“, erinnert sich Klara Kletzka, die nun die Leitung an Ekizoglu übergibt. Die von Blinden und Sehbehinderten geleiteten Führungen durch den Dunkel-Parcours fanden auch in den Hauptwache-Räumen den gewohnten Anklang, die Auslastung erreichte auf Anhieb 80 Prozent.

Doch dann kam eine neue Corona-Welle, und schon im November 2021 hagelte es Absagen. Reguläre staatliche Corona-Hilfe konnte das Dialogmuseum nicht bekommen, weil sich eine Unterstützung immer auf den Vorjahresumsatz bezog. Einen solchen gab es aber nicht, weil das Museum nach seinem Auszug aus den Räumen an der Hanauer Landstraße Ende Dezember 2018 ja 2020 noch nicht wiedereröffnet hatte. Es ist Planungsdezernent Mike Josef und der Kulturdezernentin Ina Hartwig (beide SPD) zu verdanken, dass das Museum, das für die Aufwertung der Hauptwache und der Zeil in den Plänen der Kommunalpolitik keine unwesentliche Rolle spielt, überlebte: Die beiden Stadträte führten Restmittel zusammen und gewährten kurzfristig 50 000 Euro als städtische Unterstützung. Später floss noch ein namhafter Betrag aus dem Etat des Landes Hessen für Corona-Notfälle, wodurch das private Museum, das sich als Sozialunternehmen versteht, wieder aus seiner Schieflage kam.

Nun übernimmt Ekizoglu ein finanziell wohlgeordnetes Haus, das unter normalen Umständen eine erfolgreiche Zukunft vor sich hat. Der Zuspruch des Publikums hat seit April deutlich angezogen, mittlerweile liegt die Auslastung bei 80 bis 85 Prozent. Nicht nur sind die Schulklassen zurück, es kommen zusehends auch junge Touristen aus aller Welt, die über die sozialen Medien auf das Museum aufmerksam geworden sind und über internationale Plattformen Touren buchen. Das Ziel, wie an der Hanauer Landstraße 50 000 Besucher im Jahr zu erreichen, erscheint durchaus realistisch.

Das digitale Marketing des Dialogmuseums, seine schicke Homepage und die neue Corporate Identity hat Ekizoglu in den vergangenen Monaten entwickelt. „Klara hat mich erprobt“, sagt sie über die bisherige Chefin. Tatsächlich ist Klara Kletzka begeistert von ihrer Nachfolgerin, die über ihr Engagement sagt: „Das ist für mich kein Job, sondern eine Berufung.“ Ekizoglu wird nun die Verantwortung für 22 Beschäftigte tragen und bald für noch mehr, weil sie von der derzeitigen Vier- auf eine Fünftagewoche umstellen will und dementsprechend mehr Personal braucht. Die Mitarbeiter sieht sie nicht als Untergebene, sondern als Partner, die gemeinsam das Programm gestalten.

Museumsarbeit ist Ekizoglu vertraut. Die in Kassel geborene und aufgewachsene Tochter einer philippinischen Mutter und eines tschechisch-polnischen Vaters hat nach ihrem Studium der Romanistik und Kunstgeschichte an der Goethe-Universität als wissenschaftliche Assistentin am Städel und nach einem Ausflug in eine Werbeagentur am Ledermuseum in Offenbach gearbeitet. Ekizoglu heißt sie, weil sie nach ihrer Heirat den Namen ihres türkischstämmigen Mannes übernommen hat.

Jetzt wird sie selbst ein Museum leiten, ein, wie sie sagt, „Erlebnismuseum“, das die Themen Inklusion, Dialog und Empathie in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt. Mehr Blinde und Sehbehinderte in Arbeit zu bringen ist eines ihrer Ziele. Kooperationen mit anderen Institutionen einzugehen ein weiteres. Sie träumt davon, dass einmal alle in Frankfurt und Umgebung in der Pflege arbeitenden Kräfte obligatorisch ein Training im Dialogmuseum absolvieren. Zuzutrauen ist es ihr, dass sie all diese Ziele erreicht, denn Ekizoglu ist nicht nur empathisch, sondern auch zielstrebig und ausdauernd.

Hochhaus-Ikone wird komplett erneuert

Architekt Christoph Mäckler plant Umgestaltung des BHF-Turms im Westend

So etwas gibt es selten in der aktuellen wirtschaftlichen Lage: Die Wirtschaftskanzlei Noerr hat rund 8700 Quadratmeter Büroflächen im Hochhaus Bockenheimer Landstraße 10 angemietet – zu einem beachtlichen Preis, wie zu hören ist. Einziehen werden die Anwälte aber erst Anfang 2028. Bis dahin wird die ABG Real Estate Group den als BHF-Bank-Hochhaus bekannten, rund 80 Meter hohen Turm komplett erneuern und unter dem Namen „Central Parx“ als neu positionieren. Dass sich ein Mieter schon fünfeinhalb Jahre vor der Fertigstellung bindet, ist ein Beleg für das anhaltende Interesse an prägnanten, prestigeträchtigen Adressen.

Derzeit wird das unter Denkmalschutz stehende Gebäude am Rothschildpark im Westend noch komplett von der Bank Oddo BHF genutzt. Wenn diese im Frühjahr 2024 auszieht, sollen die Bauarbeiten beginnen. Das Hochhaus wird bis auf das Betonskelett entkernt und bei gleicher Kubatur neu aufgebaut. „Es wird ein modernes Gebäude, das technisch auf dem neuesten Stand ist“, sagt Ulrich Höller, Geschäftsführender Gesellschafter der ABG Group. „Gleichzeitig wollen wir das ursprüngliche Aussehen wiederherstellen.“

Baudenkmal: *Das BHF-Haus wird entkernt und neu hergerichtet.* Foto ABG Group

Der von dem renommierten Architekten Sep Ruf entworfene Turm gilt als typischer Vertreter der Architektur der Sechzigerjahre. Als er 1965 fertiggestellt wurde, war er nach dem Dom das höchste Gebäude Frankfurts. Seitdem wurde das Hochhaus durch einige Umbauten verändert. 1992 zum Beispiel wurden die ursprünglich aus weißem Naturstein bestehenden Brüstungen durch dunklen Granit ersetzt. Weitgehend im Original erhalten ist der flache Pavillon am Rothschildpark. Dort könnte künftig Gastronomie untergebracht werden. „Das ist eine traumhafte Lage“, schwärmt Höller.

Mit dem jetzt geplanten Umbau wurde der Architekt Christoph Mäckler beauftragt, von dem auch der benachbarte Opernturm stammt. Dem Frankfurter wird zugetraut, gute Lösungen für die Anforderungen des Denkmalschutzes zu finden. Im nächsten Frühjahr soll der Bauantrag gestellt werden. Die ABG Group hat die Immobilie im Jahr 2020 zusammen mit der Hanse Merkur Grundvermögen erworben. Beide wollen rund 400 Millionen Euro investieren. mu.

Kleine Apartments für längere Aufenthalte am Flughafen

Wer im Gewerbegebiet Gateway Gardens am Flughafen im Freien steht, merkt schnell, warum dort kein Wohnungsbau vorgesehen ist: Laut donnern die landenden Flugzeuge über das einst vom amerikanischen Militär genutzte Areal. Was aber erlaubt ist, sind Hotels – auch solche, in denen man sich für bis zu sechs Monate einmieten kann. „Longstay Apartments“ nennt sich dieses Konzept.

Solche bauen jetzt die Fraport und das Immobilienunternehmen GBI an der Bessie-Coleman-Straße zwischen dem „House of Logistics and Mobility“ und der Bundesstraße 43. „Wir haben uns bewusst für diesen Standort entschieden“, sagte Jörg Guderian, Geschäftsführer der Fraport Casa Commercial GmbH, zum Baubeginn am Mittwoch. „Der Flughafen ist fußläufig erreichbar, die S-Bahn-Station liegt direkt vor der Tür.“

Bis 2024 entstehen auf insgesamt 11 600 Quadratmeter Fläche 142 Apartments, die jeweils über eine kleine Küche verfügen, sowie Büros. Zielgruppe sind Auszubildende und andere Arbeitnehmer, die für mehrere Wochen in Frankfurt zu tun haben oder die noch keine eigene Wohnung gefunden haben. Der Entwurf des Gebäudes stammt vom Frankfurter Büro Wentz & Co. „Besonders stolz sind wir auf die ansprechende Fassade aus Naturstein“, sagte Guderian. Insgesamt werden rund 50 Millionen Euro in das Projekt investiert.

„Longstay Apartments sind als Gewinner aus der Corona-Pandemie hervorgegangen“, sagte GBI-Vorstand Clemens Jung. Sie ermöglichten in idealer Weise kontaktloses Reisen. Ein ähnliches Projekt entwickelt GBI an der Borsigallee im Frankfurter Osten. mu.

Koalition gegen Energiesperren

Wegen der hohen Energiepreise müssen Haushalte mit Nachzahlungen in zum Teil vierstelliger Höhe rechnen. Wer diese Summen nicht aufbringen kann, dem drohen Sperren von Strom und Gas. Das will die Koalition im Römer verhindern. In einem dringlichen Antrag, der am Donnerstag im Stadtparlament behandelt werden soll, fordern Grüne, SPD, FDP und Volt den Magistrat auf, ein „kommunales Handlungskonzept gegen Energiearmut“ zu erarbeiten. Es sei „wichtig, soziale Härten abzufedern“, heißt es in der Begründung. „Ein sicheres Dach über dem Kopf sowie die Versorgung mit Wärme, Strom und Wasser sind Grundrechte und müssen in jeder Situation gelten.“

Konkrete Vorschläge enthält der Antrag nicht. Vielmehr stellen die Fraktionen zunächst zahlreiche Fragen, etwa zur Anzahl der Stromsperren in den vergangenen Jahren, zu Beratungsangeboten oder zu nötigen Änderungen auf Bundes- und Landesebene.

Einen Teil der aufgeworfenen Fragen hat Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst (FDP) schon im vergangenen November in der Fragestunde des Stadtparlaments beantwortet: Demnach haben Energieversorger zwischen Januar und Oktober 2021 insgesamt 20 906 Sperren angedroht. In 4766 Fällen wurde die Versorgung tatsächlich unterbrochen. In erster Linie betraf das Strom (3336 Fälle), gefolgt von Gas (953 Fälle) und Wasser/Wärme (477 Fälle). mu.

Mehr Schutz für queere Szene

Nach den jüngsten queerfeindlichen Übergriffen in der Innenstadt will die Polizei an neuralgischen Orten wie dem sogenannten Regenbogenkreisel verstärkt Präsenz zeigen. Das hat die Behörde am Mittwoch angekündigt. „Die aktuelle Situation macht es notwendig, neben weiteren Maßnahmen auch den Kräfteansatz zum Schutz der queeren Community noch einmal zu erhöhen“, teilte ein Sprecher mit. Das sei in einem ersten Gespräch mit dem designierten Polizeipräsidenten Stefan Müller beschlossen worden.

Müller wie auch Vizepräsident Björn Gutzeit machten deutlich, dass „Weltoffenheit, Vielfalt, Toleranz und Respekt unumstößliche Grundsätze des polizeilichen Handelns“ seien. Es sei „vollkommen inakzeptabel, dass sich Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihrer äußeren Erscheinung in bestimmten Straßen nicht mehr sicher fühlen“.

Künftig würden homophobe Übergriffe vom Staatsschutzkommissariat bearbeitet, „da die Motivation für solche Taten in den meisten Fällen in einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ und somit in der Hasskriminalität zu finden sei. Auch zum bevorstehenden Christopher Street Day (CSD) habe die Polizei ihr Einsatzkonzept noch einmal angepasst. So würden zusätzliche Überwachungskameras rund um die Konstablerwache installiert. Zudem würden Meldewege innerhalb des Präsidiums „optimiert“. isk.

RHEIN-MAIN

Leben in Frankfurt und der Region

VERANTWORTLICHE RESSORTLEITER: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt; Marie Lisa Kehler (stv.)

Peter Badenhop (Koordination Newsroom), Matthias Trautsch (Koordination Reportage); Bernhard Biener, Ralf Euler, Monika Ganster, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Alexander Jürgs, Ingrid Karb, Anna-Sophia Lang, Günter Murr, Martin Ochmann, Jan Schiefenhövel, Rainer Schulze, Dieter Schwöbel, Theresa Weiß, Sascha Zoske.

KULTUR: Eva-Maria Magel (Koordination); Dr. Florian Balke, Katharina Deschka, Guido Holze, Nicole Nadine Seliger.

WIRTSCHAFT: Daniel Schleidt (Koordination); Patricia Andreae, Falk Heunemann, Inga Janović, Petra Kirchhoff.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Oliver Bock, Andrea Diener, Dr. Florentine Fritzen, Luise Glaser-Lotz, Heike Lattka, Hanns Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Hetrodt.

ONLINE: Thorsten Winter (Koordination); Daniel Meuren, Xenia Reinfels, Christian Riethmüller.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker; Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION:
Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4,
60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
Redaktions-Telefax (069) 7591-1773,
E-Mail-Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Pflüger. RheinMainMedia GmbH, Waldstraße 226, 63071 Offenbach, Telefon (069) 7501-3336, Telefax (069) 7501-3337. E-Mail: service@rmm.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 27, gültig vom 1. Januar 2022 an.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv